

„#hermitmehr2019“

Die erste Verhandlungsrunde der diesjährigen Tarifaueinandersetzungen für die Beschäftigten der Länder ist zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Artikels schon Geschichte. Die Arbeitgeber werden die gestellten Gewerkschaftsforderungen als überzogen abgelehnt und auf die in Zukunft anzunehmend schwächer werdende Konjunktur oder andere Wirtschaftsrisiken mit starker Auswirkung auf Deutschland verwiesen haben. Das alles ist wie immer. - Immer dasselbe Spiel!

Es wird gepokert. Dringend zu ändernde Rahmenbedingungen wie z.B. strukturelle Verbesserungen in der Eingruppierung, die Weiterentwicklung der Entgeltordnung in ein modernes, der Zeit entsprechendes Tarifrecht sowie höhere Leistungen für Auszubildende etc. werden mit der, in der Regel am Ende verhandelten, fiskalischen Erhöhungen der Tabellenentgelte gegen gerechnet. Das war in den letzten Jahren immer der Fall und wird dieses Jahr vermutlich wieder so sein. Dabei ist es gerade jetzt an der Zeit einmal mehr über die Zukunftsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes der Landesbehörden nachzudenken und die „Weichen“ in die richtige Richtung zu stellen. Mit Projekten wie „AG Wertschätzung“ und einer neuen „Ausbildungsoffensive“ hat die Staatsregierung in Sachsen die ersten Schritte in die richtige Richtung gemacht. Sollten die Zeichen der Zeit erkannt worden sein? Dann sollte unser Finanzminister, als Vertreter der Arbeitgeber in der Verhandlungskommission, seinen Einfluss nutzen, diese Erkenntnis den anderen Verhandlungsführern zu vermitteln!

In Zeiten des Fachkräfte- und Nachwuchsmangels ist es notwendig, frühzeitig auch einen Blick auf die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Mitbewerber im Bereich der öffentlichen Hand zu richten. So ist es in der letzten Tarifrunde 2018 mit den Vertretern des Bundes und den immer klammernden Kommunen gelungen,

einen doch recht ansehnlichen Abschluss zu vereinbaren.

In einigen Bereichen dieser Tarifverträge gelten aus Sicht der Betroffenen schon seit längerem deutlich bessere Regelungen. Um qualifizierte, leistungsfähige Mitarbeiter in den Reihen und Arbeitsverhältnissen der Landesbehörden zu halten, neue Kollegen zu gewinnen sowie unsere zukünftig ausgebildeten jungen Leute nicht an die Konkurrenz zu verlieren, ist es an der Zeit zu handeln.

Jetzt und in diesen Tarifverhandlungen!

Eine sich ändernde Arbeitswelt mit ständig steigenden Anforderungen an die Beschäftigten, ein wachsendes Aufgabenspektrum und der sich immer schneller entwickelnde technische Fortschritt bedingen ein Tarifregelwerk, dass auch diesen, sich ändernden Rahmenbedingungen Rechnung trägt.

Die Gewerkschaften hatten frühzeitig den schon seit längerem bestehenden Handlungsbedarf erkannt und sehr nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht. In den Tarifverhandlungen 2017 wurde dann mit der Arbeitgeberseite, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) vereinbart, Verhandlungen zur Weiterentwicklung der Entgeltordnung der Länder aufzunehmen und diese 2018 abzuschließen. In der aktuellen Tarifrunde sollte nun mit über die Inkraftsetzung der „geeinten Änderungen“ entschieden werden.

Insgesamt fünf paritätisch besetzte Verhandlungsgruppen sollten die all-



Jörg Günther

gemeinen, beruflichen und tariflichen Entwicklungen, die nicht in die Entgeltordnung 2012 eingeflossen bzw. seitdem eingetreten sind, betrachten und nachverhandeln.

Die 2012 eingeführte Entgeltordnung ist noch zum größten Teil durch die Übernahme von Eingruppierungsregeln aus dem Bundesangestellten Tarifvertrag (BAT) und dem Manteltarifvertrag der Arbeiter (MT-Arb) geprägt. Einige Regelungen zum IT-Bereich konnten zum Beispiel erst im August 2012 nachträglich als Abschnitt 11 vereinbart werden. Im Jahr 2018 fanden dann die langjährigen Verhandlungen für die Beschäftigten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes (KMBD) ihren Abschluss und konnten als Abschnitt 26 in die Entgeltordnung zusätzlich aufgenommen werden.

Bei den Vorbereitungen auf die derzeit laufende Tarifrunde wurden von unseren Beschäftigten viele Anregungen und Vorschläge an die Tarifkommission herangetragen, die Änderungen in der Entgeltordnung zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) bedeuten würden. Stufengleicher Aufstieg, Einführung einer Entgeltgruppe 7 im allgemeinen Teil und zeitgemäße Anhebungen der Entgelt-

Fortsetzung auf Seite 2

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe **Januar 2019**, war der **28. November 2018**, für die Ausgabe **Februar 2019** ist es der **4. Januar 2018** und für die Ausgabe **März 2019** ist es der **1. Februar 2019**.

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

Fortsetzung von Seite 1

gruppen verschiedener Beschäftigungsgruppen als Resonanz auf ein gestiegenes Ausbildungsniveau sind nur einige Punkte, die genau diesen fehlenden Attraktivitätsmerkmalen entsprechen. Leider sind die Verhandlungen nicht wie beschrieben gelaufen. Kurzfristig wurden durch die Arbeitgeberseite im Juli 2018 alle bereits vereinbarten Verhandlungstermine abgesagt.

Zeit verstrich ungenutzt! Nun fordert die TdL als Gegenleistung für die beabsichtigten notwendigen Anpassungen eine Neudefinition des Arbeitsvorganges in § 12 TV-L. Es wird darauf abgezielt, das sogenannte Aufspaltungs- oder Atomisierungsverbot bei Arbeitsvorgängen aufzuheben. Das bedeutet eine Abkehr von alt her gebrachten Eingruppierungsgrundsätzen. Damit wären grundsätzlich niedrigere Eingruppierungen in vielen Bereichen möglich und schon erstrittene Urteile zu Gunsten der Beschäftigten in Größenordnungen gegenstandslos. Ebenso sollen die entstehenden Mehrkosten vollständig durch die Beschäftigten gegenfinanziert werden!

gen entwickeln sich die Bezahlung und die dem zugrundeliegenden Regularien unterschiedlich, aber immer mehr auseinander.

Relativ vergleichbare Aufgaben des öffentlichen Bereiches werden unterschiedlich durch die Eingruppierungsrichtlinien bewertet und auf Grund der vereinbarten Gehaltsentwicklung anders entlohnt. Allein diese Entwicklung innerhalb des öffentlichen Dienstes schafft eine zusätzliche Konkurrenzsituation zu der schon immer vorhandenen mit der freien Wirtschaft.

Schon in früheren Verhandlungen sind die Vertreter der TdL als sehr selbstbewusster Arbeitgeberverband aufgetreten. Selbstbewusstsein ist gut. Zuviel davon verklärt manchmal den Blick auf das Notwendige und über den Tellerrand. Die Konkurrenz wächst! Eine früher existierende Verbundenheit mit der täglichen Aufgabe ist in den letzten Jahren gesunken. Für viele ist es nur ein Job. Die immer geforderte Flexibilität von Beschäftigten in der heutigen Arbeitswelt ist vorhanden, wirkt sich aber derzeit zum Nachteil für die Länder aus. Die Bereitschaft zu wechseln, wenn die Bedingungen besser sind, wächst. Besonders wenn man gut qualifiziert



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Sachsen**

Geschäftsstelle:
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Internet: www.gdp-sachsen.de
E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 68714
Telefax: (035204) 68718
Internet: www.psw-service.de
E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:
Matthias Büschel (V.i.S.d.P.)
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz
Telefon: (dienstlich) (0371) 3 87-20 51
Fax: (dienstlich) (0371) 3 87-20 55
E-Mail: Redaktion@gdp-sachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801



**Dazu wird es von den
Gewerkschaften
keine Zustimmung geben!**

Scheinbar hat die Arbeitgeberseite doch noch nicht verstanden, was in Gänze auf dem Spiel steht. Die Attraktivität und Arbeitsfähigkeit ihres öffentlichen Dienstes der Länder!

Seit der Trennung der öffentlichen Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen

ist. Am 6. und 7. Februar 2019 haben die Vertreter der Arbeitgeber die Chance, keine Zeit mehr verstreichen zu lassen und konstruktiv und vorbereitet in die 2. Verhandlungsrunde zu gehen.

Das Geld, das dieser Tarifabschluss deutschlandweit kosten würde, wäre gut angelegt – als Investition in die Zukunft!

**Wir bleiben dran!
Jörg Günther**



LANDTAGSWAHL 2019**Landtagswahlen am 1. September 2019
Wie ticken die Parteien in Sachsen?****Hagen Husgen**

Die Interviews der Gewerkschaft der Polizei in den vorangegangenen Ausgaben der Deutschen Polizei mit verschiedensten Personen des öffentlichen Lebens haben für so manchen Gesprächsstoff gesorgt. So soll es auch sein.

Es ist für uns als größte Interessenvertretung der Polizei enorm wichtig zu wissen, wie die Sachsen und ihre Gäste auf die Polizei zu sprechen sind, wie sie denken und fühlen. Wir wollen uns nicht einigeln, wir wollen nicht in der eigenen Suppe schwimmen. Nein, wir wollen und müssen die Fühler ausstrecken und in Erfahrung bringen, ob unsere Sorgen und Bedenken nur hausgemacht sind und ob unsere Forderungen auch von der Allgemeinheit getragen werden oder überzogen sind. Nichts wäre schlimmer, als nur in den eigenen vier Wänden zu sitzen und die öffentliche Meinung nicht wahrzunehmen.

Und genauso wichtig ist es für unsere Mitglieder zu wissen, wie die Parteien ticken – gerade vor den Landtagswahlen am 1. September 2019.

Parteiprogramme sind die Arbeitsgrundlagen der Parteien und die Leitplanken für das Regierungsprogramm und den Koalitionsvertrag der jeweiligen Regierungsfraktion in der kommenden Legislaturperiode. Aus diesem Grund machen wir uns für Euch schlau und wollen den sächsischen Parteien, die derzeit im Landtag mit Abgeordneten vertreten oder nach den jüngsten Umfragen vertreten sein könnten, auf den Zahn fühlen.

Die Fehler der letzten Jahre dürfen sich nicht wieder einschleichen; es muss zukunftsorientiert und nachhaltig gedacht und gehandelt werden. Doch sind unsere Parteien schon auf dem richtigen Weg, um für ein sicheres und damit starkes Sachsen einzutreten.

- Wissen sie tatsächlich was praxistauglich ist?

- Sind ihnen die Rahmenbedingungen der Polizei und der Polizeibeschäftigten bekannt?
- Welche Vorhaben würden sie in Regierungsverantwortung umsetzen?

Wir werden es erfragen - in den nächsten Monaten im Landesjournal der Deutschen Polizei!

In alphabetischer Reihenfolge wird es in diesem Jahr folgende Interviews geben:

- Februar: AfD
- März: Bündnis 90/Die Grünen
- April: CDU
- Mai: Die Blauen
- Juni: Die LINKE
- Juli: FDP
- August: SPD

Wir dürfen einerseits zusammen gespannt sein, welche Aussagen getroffen werden und was den einzelnen Parteien nicht nur die Sicherheit, sondern auch Sachsen insgesamt bedeutet.

Andererseits werden wir als GdP Sachsen tagtäglich aufzeigen, was wir für unabdingbar halten und erwarten.

Auf eines darf ich in diesem Zusammenhang hinweisen:

Die Inhalte der Interviews sind die Meinungen der einzelnen Parteien, nicht unsere. Die Deutsche Polizei ist ein kritisches Medium, welches sich vielschichtig darstellen muss.

Es ist nicht nur dazu da, ausschließlich unsere Denkweise zu Papier zu bringen. Veröffentlichte Fakten, die uns offenbart wurden, können durch den werten Leser gern gecheckt werden, um den Wahrheitsgehalt der einen oder anderen Aussage zu hinterfragen.

Macht davon Gebrauch, schreibt uns und seid kritisch! Nur so können wir tatsächlich erfahren, wie ehrlich die Parteien es meinen.

Euer Hagen Husgen



Interview mit der AfD Sachsen



Peer Oehler: Vielen Dank für die Gelegenheit dieses Interviews. Ich hatte schon die Befürchtung, unsere Zeitschrift kommt ins Töpfchen der „Lügenpresse“.

Jörg Urban: Den Begriff „Lügenpresse“ verwenden wir ja nicht. Wir sprechen gern von „Lückenpresse“, da wir der Meinung sind, dass bei vielen Medien gezielt Tatsachen weggelassen werden. Die Sorge müssen Sie nicht haben.

Peer Oehler: Das freut mich umso mehr, als dass es Sie ja schon prägen könnte, wenn man quasi permanent als das Schmuttelkind der deutschen Politik behandelt wird?

Jörg Urban: Wer sagt denn sowas?

Peer Oehler: Es ist mein Eindruck, dass die AfD einen besonderen Status in der Parteienlandschaft hat, auch in der öffentlichen Wahrnehmung.

Jörg Urban: Gut, das Schmuttelkind ist natürlich ein Bild das produziert wird. Je näher der Wahlkampf rückt, umso schlimmer werden die Vorwürfe, dass wir Rassisten wären. Als wir in den Landtag einzogen, war es recht ruhig. Mittlerweile sind die Umfragen sehr positiv für uns und da fängt eben auch die konservative CDU an, mit der Nazikeule um sich zu schlagen.

Peer Oehler: Als Gerhard Schröder seine Agenda 2010 etablierte, hat sich als Protestbewegung dagegen die Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit gegründet und am linken Rand die Parteienlandschaft verändert. Dann kamen die Problematiken Euro, Europa, Zuwanderung. Kann man sagen, dass die AfD auf der anderen Seite die Parteienlandschaft aus ähnlichen Protestgründen verändert hat?

Jörg Urban: Naja, also die Gründe sind schon verschieden, wenn man es inhaltlich betrachtet. Wir sind vor dem Hintergrund einer europäischen Zentralisierungspolitik und Währungspolitik, die zu Lasten unseres Landes geht, entstanden. Diese Lücke hat sich aufgetan, weil die CDU mehr und mehr zu einer unpatriotischen Partei geworden ist, die einen europäischen Zentralstaat an-

strebt und die nationale Souveränität aufgeben will. Von dem Prozess, der da passiert ist, ist es dann doch ähnlich, weil es eben genau diese Aufgabe eigentlicher Positionen der Volksparteien ist, die dort Räume freigemacht hat. Genauso wie die SPD eben die soziale Gerechtigkeit als ein wichtiges Themenfeld mehr oder weniger aufgegeben hat, genauso hat die CDU konservative Positionen aufgegeben. Nationalstaat, Souveränität, Familienpolitik, vernünftige Energiepolitik, vernünftige Wirtschaftspolitik. Dort sind Räume entstanden, die wir füllen. Also, vom Prozess her ist das vergleichbar, inhaltlich sind es verschiedene Themenfelder.

Peer Oehler: Aber per se ist nichts Falsches daran, wenn man sagt, Sie haben eine Lücke gefüllt, die die CDU rechts von sich hat entstehen lassen?

Jörg Urban: Also, das mit dem Rechts lehne ich ab. Gerade wenn man die AfD und die Linke wirklich hernimmt, dann sehen wir dort Schnittmengen, die mit Links und Rechts nicht erklärt sind. Wir machen Politik für die einfachen Menschen, für die Leistungsträger, für die vielen Leute, die bei uns arbeiten und Steuern bezahlen. Wir sind für eine friedliche Außenpolitik, für gutes Verhältnis zu Russland. Das hat mit Links und Rechts nichts zu tun.

Peer Oehler: Dann nähere ich mich der AfD mal über ihr Programm. Als erstes ist mir eine Überschrift aufgefallen: „Schlanker Staat für freie Bürger“. Schlank impliziert, dass der Staat auch Schwächen hat und etwas nicht leisten kann. Ein starker Staat wäre handlungsfähiger. Was meinen Sie mit einem schlanken Staat?

Jörg Urban: Schlank und stark sind keine Antagonisten. Schlank und dick bzw. stark und schwach sind Antagonisten. Man darf nicht Äpfel und Birnen vergleichen. Mit einem schlanken Staat meinen wir einen Rückbau der überbordenden Bürokratie. Wir möchten nicht, dass der Staat sich in alle Belange der Bürgergesellschaft einmischt, sondern dass er sich auf seine Kernaufgaben zurückbesinnt. Beim schlanken Staat sehen wir als Kernaufgabe vor allen Dingen die innere Sicherheit. Das ist ein Bereich, den wir sogar stärken wollen. Aber wenn es darum geht, Handwerksbetriebe mit Datenschutzverordnungen oder mit Mehrfachkontrollen von Förderprogrammen die Luft zu nehmen, dann sehen wir dort einen Staat, der un-

sere Wirtschaft lähmt und nicht beflügelt.

Peer Oehler: In Ihrem Bundesprogramm schreiben Sie: „Die ständige, vielfach ideologiegetriebene Expansion der Staatsaufgaben stößt an finanzielle und faktische Grenzen.“

Jörg Urban: Was mir spontan bei dem Begriff einfällt, ist natürlich die Energiewende, also der Versuch von Deutschland aus das Weltklima zu beeinflussen. Das ist ideologiegetrieben, weil jeder weiß: das ist unmöglich. Wir haben in Deutschland schlicht und einfach nicht die Kapazitäten, das Weltklima zu beeinflussen, weil unsere CO₂-Produktion im Weltmaßstab winzig ist. 0,06 oder 0,07 %! Es ist Irrsinn zu versuchen, von hier aus das Weltklima zu beeinflussen. Es wird trotzdem gemacht. Es kostet den Staat Milliarden Euro ohne irgendeinen Effekt. Das ist die Ideologie vom menschengemachten Klimawandel. Ansonsten wäre für mich noch die so genannte Genderideologie ein Thema. Wenn man versucht, den Leuten einzureden, dass es Mann und Frau gar nicht gibt als natürliche Geschlechter, sondern dass das rein soziale Konstrukte sind. Das geht mittlerweile so weit, dass jede Behörde prüft, ob eine Maßnahme gendergerecht ist. Da wächst eine Bürokratie aus einer Ideologie, die einfach Irrsinn ist. Es gibt natürliche Geschlechter und das trifft auch auf 90 % der Menschen zu, die das dann auch ausleben. Und eine Minderheit versucht sich auf das natürliche Geschlecht noch irgendwas drauf zu bauen, was dann mit Sternchen definiert wird. Bei Facebook gibt es 60 Geschlechter und das ist bei Facebook ganz gut aufgehoben. Aber es ist nicht Staatsaufgabe, solchen Irrsinn in die Verwaltungen reinzudrücken.

Peer Oehler: Ich habe mal gelesen, dass die AfD gegen einen „Minderheitenwahn“ ist. Was meinen Sie damit?

Sebastian Wippel: Mit Minderheitenwahn meinte ich, dass man die Politik nicht an Partikularinteressen von Kleinstgruppen ausrichten sollte, sondern dass man erstmal prüfen sollte, was der großen Masse der Gesellschaft zugutekommt. Da sind wir natürlich auch in der Genderpolitik, bei Transgendern und Intersexualität. Ja natürlich gibt es Zwitter. Aber es hat Seltenheitscharakter. Und das zum Mittelpunkt des politischen Geschehens zu machen, halte ich persönlich für sehr übertrieben. Das kann man natürlich auch auf andere Be-



LANDTAGSWAHL 2019

reiche ausdehnen. Wir erleben, dass sehr kleine, aber sehr laute Lobbygruppen für ihre Ziele arbeiten. Und auf die wird mehr gehört als auf die schweigende Masse. Beispiel: Dieselskandal.

Jörg Urban: Ein Verein mit 270 Mitgliedern macht ganz Deutschland verrückt. Das darf nicht sein.

Sebastian Wippel: Unabhängig davon haben natürlich Minderheiten ihr Bestandsrecht. Wir wollen die auch nicht loswerden. Das darf man nicht in den falschen Hals bekommen. Wenn wir hier in Sachsen über nationale Minderheiten reden, dann auch über die Sorben. Die gehören selbstverständlich mit zu Deutschland.

Peer Oehler: Sie haben die Dieselproblematik angesprochen und die Umweltproblematik. Sie sprechen beim Thema Verkehr davon, dass es keine Einschränkungen staatlicherseits im Verkehrsbereich geben darf außer denen, die durch Verkehrssicherheit geboten sind.

Sebastian Wippel: Das ist ein grundsätzlicher Ansatz. So wenig Staat wie möglich, aber so viel wie nötig. Darum geht es um die Sicherheit.

Peer Oehler: Aber mittlerweile scheint sogar mir der Ansatz, dass der Staat versuchen muss, ÖPNV attraktiv zu machen, um mobilen Individualverkehr zu vermeiden, nichts Schlechtes zu sein.

Jörg Urban: Natürlich ist es sinnvoll, dass man die Angebote für den ÖPNV attraktiver macht. Was wir nicht wollen ist, dass restriktiv vorgegangen wird. Wir brauchen, gerade was die Automobilität angeht, eben keine weiteren Restriktionen bezüglich Emissionen. Wir haben ein Umweltqualitätsniveau, das mit das höchste der Welt ist. Wir können natürlich versuchen, das weiter zu steigern. Aber letztendlich schwächt uns das volkswirtschaftlich und unseren Bürgern wird damit das Geld aus der Tasche gezogen. Wir haben Aussagen von einem Pneumologen, dass am Stuttgarter Neckartor, das ist die am meisten befahrene Innenstadtstraße Deutschlands, die Feinstaubbelastung verschwindend gering ist. Er hat gesagt: zwei Wochen Rauchen entspricht 80 Jahre Leben in einem Haus am Neckartor.

Peer Oehler: Wie hält es denn die AfD mit der Nationalität oder Internationalität bei bestimmten Fragen? Die Zuwanderung hat ihre Ursachen doch nicht darin, dass unsere Grenzen nicht sicher wären, sondern darin, dass die Lebensumstände dort, wo die Zuwanderung beginnt, aus verschiedensten Gründen inakzeptabel sind?

Jörg Urban: Die Ursachen sind erstmal nicht die offenen Grenzen, das ist richtig. Die machen aber Zuwanderung möglich. Die Ursache ist natürlich die Misswirtschaft in afrikanischen und auch arabischen Ländern, die dazu führt, dass die Leute dort keine Perspektive mehr haben. Die Frage ist: Wie haben diese Länder mit ihren Regierungen über die letzten Jahrzehnte regiert, warum sind die Zustände dort so? Dort haben wir als Europäer so gut wie keinen Anteil daran. Die falsche Behauptung, wir würden auf Kosten dieser Länder leben, ist eine Behauptung aus dem linken Raum, die uns Schuldgefühle einreden soll. Wir wissen, dass der Welthandel mit Afrika 1 % des gesamten Welthandels ist. 99 % des Welthandels gehen an Afrika vorbei. Das macht deutlich, dass wir überhaupt nicht auf Kosten von Afrika leben. Wir haben unsere Wertschöpfung in ganz anderen Quellen. Die Afrikaner müssen endlich lernen, eine vernünftige Politik für ihre Länder zu machen.

Peer Oehler: Nichtsdestotrotz muss man doch aber auch anerkennen, dass die Industriestaaten maßgeblichen Beitrag dazu geleistet haben, dass die Situation dort so ist, wie sie ist. Selbst Kurt Biedenkopf hat das so in einem Interview mit uns gesagt und den rechne ich nicht dem linken Lager zu.



Jörg Urban

Jens Urban: Trotzdem ist es ein linker Gedanke, den er da äußert und der ist schlicht und einfach falsch. Wir haben hunderte Milliarden an Entwicklungshilfe nach Afrika gebracht und das Geld ist in die Taschen der politischen Eliten geflossen und nicht in die Entwicklung des Landes. Und das sind Dinge, die sind selbstverschuldet. Im Gegenteil, diese Länder profitieren ja sogar von den Technologien, die in den Industrienationen entwickelt werden. Viele afrikanische Länder haben überhaupt keine verkabelten Telefone. Die haben aber ein voll funktionierendes Telefonnetz, zum Teil besser als in unseren ländlichen Regionen in Sachsen, weil sie überall Mobilfunk ausgebaut haben.

Das hätten die niemals machen können, wenn sie nicht die technologische Hilfeleistung des Westens gehabt hätten.

Sebastian Wippel: Es ist ein Irrglaube zu denken, dass wir von Sachsen aus die Probleme der Welt lösen können. Es kann ja keine Lösung sein, dass wir alle Menschen, die in ihren Ländern Probleme haben, in Deutschland aufnehmen. Das heißt: die Entwicklungshilfe muss mal in sinnvolle Bahnen gelenkt werden.

Jörg Urban: Ein Stück Verantwortung muss man dort am Ende auch selber tragen. Das sind ja keine unmündigen Kinder, die in Afrika in den Regierungen sitzen. Das sind die gewählten und getragenen Eliten dieser Länder, die dafür sorgen, dass die Länder nicht vorwärts kommen.

Sebastian Wippel: Das ist ein abendfüllendes Thema.

Peer Oehler: Und das ist wahrscheinlich auch etwas, woran man sich getrost an der AfD reiben kann: Wie halte ich es mit der Nation und mit Nationalismus und inwiefern wird ein nationales Eingeln den internationalen Problemen gerecht?

Sebastian Wippel: Also, das Stichwort Nation ist tatsächlich ein sehr wichtiges. Wir treten konsequent dafür ein, dass wir möglichst viele Kompetenzen auf nationaler Ebene behalten, weil wir der festen Überzeugung sind, dass Demokratie nur in einem Nationalstaat funktionieren kann. Wir sehen das jetzt schon in Brüssel. Man hat als Bürger und selbst als Organisation kaum Einfluss in Brüssel. Einfluss in Brüssel haben bloß noch große Konzerne, die eigene Büros dort betreiben. Eine Verlagerung von Demokratie in internationale Organisationen führt zum Abbau der Demokratie. Die großen Konzerne und Banken haben großes Interesse daran, die Demokratie auszuhöhlen, damit sie sich eben nicht mit nationalen Gerichten und nationalen Parlamenten rumschlagen müssen, sondern bloß noch mit einer großen Organisation, die man dann auch gut schmieren kann. Die Rückbesinnung auf den Nationalstaat ist im Prinzip der Versuch, die Demokratie als solche zu schützen.

Jörg Urban: Sie haben in Ihrer Eingangsfrage gesagt: Nationalismus. Wenn man unter Nationalismus die eigene Überhöhung versteht, also das Gleichsetzen mit Chauvinismus, sind Sie natürlich bei der AfD an der völlig falschen Adresse. Wir sehen uns als Teil

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

eines Europas der Vaterländer, wo wir alle gleich an Rechten sind. Wir wollen aber ein selbstbestimmter Bestandteil dieser Welt sein.

Peer Oehler: Endet diese Selbstbestimmtheit an dem Punkt, an dem die Interessen der anderen berührt sind?

Jörg Urban: Staaten haben Interessen. Und ein Staat ist doch dafür verantwortlich, die Interessen seines Landes zu vertreten. Und dass da Kompromisse notwendig sind, zum Beispiel bei einer Wirtschaftsunion, dem stehen wir als AfD nicht unbedingt ablehnend gegenüber.

Peer Oehler: Mir geht die ganze Zeit die Geschichte von der letzten Schneeflocke nicht aus dem Kopf, die den Ast zum Brechen bringt. Wenn Sie sagen, wir können das Weltklima als Sachsen nicht beeinflussen, dann klingt das so, als ob Sie negieren, dass es eines eigenen Beitrages zur Lösung von anderen Konflikten bedarf. Will fragen: müssen nationale Interessen nicht zurücktreten, wenn sie universelleren Interessen im Wege stehen?

Jörg Urban: Das Problem ist, dass die universellen Interessen meistens von Eliten formuliert werden. Wir sehen es gerade beim Migrationspakt. Das wird als universelles Interesse von der UN vorgegeben und wir haben in Deutschland noch nicht mal drüber geredet. Wir kriegen angeblich universelle Interessen vorgesetzt und müssen die akzeptieren. Das ist genau der falsche Weg. Man muss von unten nach oben Interessen definieren und ich glaube, jeder Staat tut gut daran, erstmal zu klären, was denn für seine eigenen Bürger wichtig ist. Und dann kann man zusammenkommen und sich untereinander abstimmen. Es gibt natürlich auch angeblich universelle Interessen, wo ich sage: Nein, danke! Gucken Sie sich die Einsätze in Afghanistan, im Irak, in Libyen an. Die Länder sind kaputtgebombt worden. So sind viele Probleme aus angeblich universellen Interessen entstanden und da ist schon ein bisschen Zweifel und Zurückhaltung angesagt.

Peer Oehler: Ein breiter Teil Ihres Bundesprogrammes berührt auch die Arbeit der Polizei. Manchmal sogar mit sehr markigen Überschriften, wo ich selbst als Polizist zusammensucke. Eine Überschrift ist: Opferschutz statt Täterschutz. Warum „statt“?

Sebastian Wippel: Überschriften in Programmen sind immer zusammengefasst und plakativ. Da gehört ja auch im politischen Wettstreit ein Stückweit eine

Überspitzung mit rein. Selbstverständlich brauchen wir Opferschutz. Aber wir brauchen nicht zwingend Täterschutz. Wenn ich DNA-Analyse zum Beispiel nicht so betreiben kann, dass ich den Täter ermitteln kann, dann ist uns natürlich nicht geholfen. Wenn ich aber Haarfarbe, Augenfarbe usw. auswerten dürfte, dann würde mir das in der polizeilichen Arbeit wirklich weiterhelfen. Aber hier wird der Datenschutz eines potenziellen Straftäters, also eines Verdächtigen, über die Genugtuung, die durch seine Verurteilung gegenüber dem Opfer ausgesprochen wird, gestellt.

Peer Oehler: Ich bin dankbar für diese Einschränkung, denn es geht ja nicht um Täterschutz, sondern erstmal um Tatverdächtige. Der Datenschutzbeauftragte hat mir in dem Interview mit ihm gesagt: Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wird erst durch den Perspektivwechsel zum schützenswerten Grundrecht. Glauben Sie nicht, dass auch Tatverdächtige Rechte haben sollten?

Sebastian Wippel: Selbstverständlich haben die auch Rechte. Die sind ja auch in der Strafprozessordnung weitgehend geregelt.



Sebastian Wippel

Peer Oehler: Eine weitere Überschrift ist, dass Einschränkungen im Waffenrecht nicht mehr notwendig sind. Also ist der Status quo aus Ihrer Sicht befriedigend?

Sebastian Wippel: Das ist eine Frage, die gesellschaftlich kontrovers diskutiert wird. Wir sind aber tatsächlich der Auffassung, dass das Waffenrecht, so wie es ist, ausreicht. Wer erhebliche Straftaten begangen hat, der wird seine Waffenbesitzkarte nicht behalten, geschweige denn eine bekommen. Gleichzeitig hab ich natürlich die Einschränkung, dass ich mit Verschärfungen immer nur derjenigen treffe, die sich legal verhalten. Denen, die sich illegal verhalten, ist auch egal, was ich in ein verschärftes Gesetz reinschreibe. Das heißt, ich errei-

che das gewünschte Ziel damit überhaupt nicht. Ich hab quasi nur den Beifang, dass ich Jägern und Sportschützen aber auch Waffensammlern nur unnötig das Leben schwermache.

Peer Oehler: Also lehnt die AfD die Waffenverbotszone in der Leipziger Eisenbahnstraße ab?

Sebastian Wippel: Nein, wir halten sie nur nicht für allein zielführend. Sie ist ja entstanden, weil die Sicherheitslage dort sehr schlecht geworden ist. Durch diese Waffenverbotszone kann ich jetzt zwar besser kontrollieren. Zunächst fehlte es in der Vergangenheit aber schon an Polizisten, um kontrollieren zu können. Aber das Problem geht weiter: Man hat in Leipzig versucht, dort ein Multi-Kulti-Vorzeigeviertel draus zu machen und gezielt die Ansiedlung von Menschen aus aller Herren Länder in diesem Bereich auch zugelassen. Und jetzt haben wir das Ergebnis, dass man da eigentlich als normal Sterblicher nicht hingehet, wenn man es nicht unbedingt muss. Und gegen die grundsätzlichen Probleme können Waffenverbotszonen natürlich nicht helfen. Polizei ist sowieso nie in der Lage, grundsätzliche Probleme der Gesellschaft zu lösen.

Peer Oehler: Sie sprachen die personelle Ausstattung der sächsischen Polizei an. Ist die aus Ihrer Sicht zufriedenstellend?

Sebastian Wippel: Selbstverständlich haben wir zu wenige Polizisten. Das war ja auch allen Parteien klar, bevor sie in den vergangenen Landtagswahlkampf 2014 eingetreten sind. Doch statt gleich mit dem ersten Haushalt den Einstellungskorridor zu erhöhen und die Ausbildung möglich zu machen, hat man erstmal eine Kommission eingerichtet, die die Ergebnisse, ich sag es mal bisschen überspitzt: ausgewürfelt hat. Die 1000 Stellen, die die Staatsregierung und die Koalition als Aufstockung mittragen wollen, sind nicht ausreichend. Wir vertreten die Auffassung, dass wir mindestens 2000 Mann mehr brauchen. Wir brauchen eine Verstärkung der Polizei in der Fläche. Wenn ich mit einer Hilfsfrist von 15 Minuten ab Standort des Polizeireviere rechne, haben wir einen Haufen weiße Flächen. Die können geschlossen werden, indem wir Polizeiposten personell rund um die Uhr besetzen. Die müssen nicht den Lichtschalter bewachen, aber es muss zumindest jemand so verortet sein, dass er von da aus auf Streife gehen kann.

Peer Oehler: Sie sind für die Einführung gesetzlicher Hilfsfristen als Normativ?



LANDTAGSWAHL 2019

Sebastian Wippel: Nein. Das würde die Arbeit der Polizei behindern. Ich möchte, dass die Polizei auch proaktiv arbeiten kann, sie muss auch auf Streife sein. Und wenn sie in ihrem Revierbereich grade am anderen Ende ist, verlängert sich natürlich die Anfahrt. Wir können über so etwas Analoges zur Feuerwehr nachdenken, also dass wir vom Standort aus alles im Umkreis innerhalb von 15 Minuten erreichen können. In die Richtung kann man gehen, aber man muss es nicht in ein Gesetz schreiben. Und wir wollen Standorte mit Grenzbezug verstärken, weil die Bundespolizei sich zurückgezogen hat.

Peer Oehler: Wird aus Ihrer Sicht die sächsische Polizei den Anforderungen, die die Bevölkerung an die Arbeit der Polizei hat, gerecht?

Jörg Urban: Ein kategorisches Nein wäre wahrscheinlich falsch, aber ein klares Ja wäre genauso falsch. Denn auf der einen Seite trifft die Bevölkerung auf Polizisten, die ihre Arbeit machen und wirklich sehr bemüht sind, mit den personell schwachen Ressourcen das Beste rauszuholen. Insofern macht die Bevölkerung dem Polizisten, der arbeitet, keinen Vorwurf und der genießt hohes Vertrauen. Aber die Organisation der Polizei als solches, mit den politischen und auch personellen Rahmenbedingungen, wird ihren Aufgaben aktuell nicht gerecht.

Peer Oehler: Wie stehen Sie zum Entwurf der Staatsregierung zum neuen Polizeigesetz?

Sebastian Wippel: Im Ansatz nicht schlecht, aber nicht weitgehend genug aus unserer Sicht.

Peer Oehler: Mehr ist immer gut. Dauerfeuer jetzt! Was braucht's noch?

Sebastian Wippel: Es geht ja nicht um schneller, höher, weiter, sondern es geht letzten Endes darum, dass die Polizei die Mittel an die Hand bekommt, die sie wirklich braucht. Wir halten die Online-Durchsuchung und Quellen-TKÜ für notwendig, natürlich unter einem strikten Richtervorbehalt. Also diese Gespenster, die die Linken an die Wand malen wegen Überwachungsstaat, die finden so nicht statt. Wir sind ganz klare Befürworter der Body-Cam. Wir sehen ja bei den Pilotprojekten, dass die auch funktionieren und gleichzeitig sind wir der Auffassung, dass wir den Taser im Streifendienst erproben sollten. Andere Bundesländer haben das schon in der Fläche eingeführt, wenn man sich zum Beispiel Rheinland-Pfalz ansieht.

Peer Oehler: Was würden Sie am Haushalt 2019/2020 verändern?

Sebastian Wippel: Wir wollen den Einstellungskorridor erhöhen auf 800 Einstellungen. Wir können es uns nicht leisten, auf einen einzigen fähigen Polizeianwärter zu verzichten. Wir wissen auch, dass das die Schulen vor große Herausforderungen stellen wird. Die sind jetzt schon an der Kapazitätsgrenze, aber die Not ist so dermaßen groß im Land, dass wir es eigentlich auf andere Art und Weise gar nicht lösen können, wenn wir perspektivisch wirklich für die Kollegen eine schnellstmögliche Entlastung auf der Straße haben wollen. Dann haben wir noch natürlich ganz praktische Sachen dabei wie eine bessere Ausrüstung.

Peer Oehler: Wie stehen Sie zu der Forderung der Gewerkschaft der Polizei, die Besoldung an die Bewertung des Dienstpostens zu koppeln? Gegenwärtig haben wir Polizisten mit verschiedenen Gehältern, die dieselbe Arbeitsleistung zu erbringen haben. Wir wollen, dass ein Dienstgruppenführer mit einem Dienstposten A12, auch nach A12 bezahlt wird.

Sebastian Wippel: Dazu braucht man natürlich klar bewertete Dienstposten. Ich finde den Ansatz der GdP nicht unsympathisch, denn schließlich kann es nicht sein, dass ein Polizeikommissar eine Aufgabe macht, die zwei bis drei Besoldungsgruppen höher bewertet ist. Da spart der Staat mit jedem Tag, an dem er nicht das volle Gehalt, was möglich ist, zahlt. Da muss es eigentlich möglich sein, wenn ich schon die Stelle mit einem Kommissar besetze, dass es einen Ausgleich gibt bis zu den Bezügen, die eigentlich für diesen Dienstposten vorgesehen sind.

Peer Oehler: Die Koalitionsfraktionen haben sich dem zaghaft angeschlossen, als sie im Koalitionsvertrag unter dem Stichpunkt Polizei formuliert haben, dass eine dementsprechende Funktionszulage geprüft werden soll. Haben sie zwar bis jetzt nicht gemacht, klingt aber so, als ob bei einer Koalition von CDU und AfD zumindest dahingehend schon eine Gemeinsamkeit bestünde.

Sebastian Wippel: Es waren ja auch bloß vier Jahre Zeit zum Prüfen, das ist ein bisschen wenig.

Peer Oehler: Damit haben Sie die Anspielung auf eine gemeinsame Koalition zwischen CDU und AfD beiseitegelassen. Ist sowas für Sie denkbar?

Jörg Urban: So wie die CDU Sachsen im Moment personell aufgestellt ist, würde ich das ausschließen, weil wir doch eine Reihe Politiker haben, die aus meiner Sicht derartig weit weg von einer konservativen Politik sind, dass ich mir

nicht vorstellen kann, dass man sich dort zusammenfindet. Aber die Landtagswahlen werden einiges umwürfeln, auch bei der CDU.

Peer Oehler: Wie stehen Sie zu Gewerkschaften?

Jörg Urban: Im Grunde genommen positiv.

Peer Oehler: Klingt wie „aber“.

Jörg Urban: Die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen gegenüber den Arbeitgebern als Bündelung ist wichtig, weil der einzelne Arbeitnehmer sonst gar nicht die Verhandlungsmacht hat, um seine Interessen adäquat zu vertreten. Das Aber kommt daher, dass bestimmte Gewerkschaften anfangen, sich in die Politik einzumischen und das ist natürlich für uns abzulehnen.

Peer Oehler: Aber wenn wir als Gewerkschaft der Polizei sagen: Wir brauchen mehr Personal, dann ist es eine Frage des Haushaltsgesetzes. Wir mischen uns auch in die Politik ein.

Jörg Urban: Mir schweben andere Sachen vor. Die Gewerkschaft Ver.di hat in einem Bezirk in Niedersachsen ein Falblatt dafür rausgebracht, wie erkenne ich rechte Kollegen, wie mache ich das öffentlich im Kollektiv, wie zeige ich die beim Arbeitgeber an, damit der personelle Konsequenzen ziehen kann. Und das ist sozusagen eine Form von Denunziation, für die aus meiner Sicht eine Gewerkschaft nicht da ist.

Sebastian Wippel: Ich mach es mal für den Polizisten fest: ich find es schwieriger als Polizist und zugleich Mitglied der GdP, was ich auch mal war, auf einer Demonstration den Fahnen des DGB gegenüberzustehen, die ziemlich nah am schwarzen Block mit dran sind und eine Distanzierung davon erfolgt nicht.

Peer Oehler: Ich bin nicht der Sprecher des DGB, aber ich glaube mich zu erinnern, dass sowohl Bundeskongresse als auch der Bundesvorstand sich sehr klar positioniert und von Gewalt abgegrenzt haben.

Sebastian Wippel: Ja, das macht die Linke regelmäßig. Aber G20 findet trotzdem statt. Und die Strukturen sind wie sie sind. Sie könnten ja auch Probleme kriegen, wenn Sie das Interview veröffentlichen.

Peer Oehler: Keine Ahnung.

Sebastian Wippel: Ja, ernsthaft. Aber so wie das hier läuft, so stelle ich mir das vor. Ich kann mich nicht beklagen, dass die Zusammenarbeit mit den Polizeigewerkschaften schlecht wäre.

Peer Oehler: Dann darf ich mich an dieser Stelle für das Gespräch bedanken.

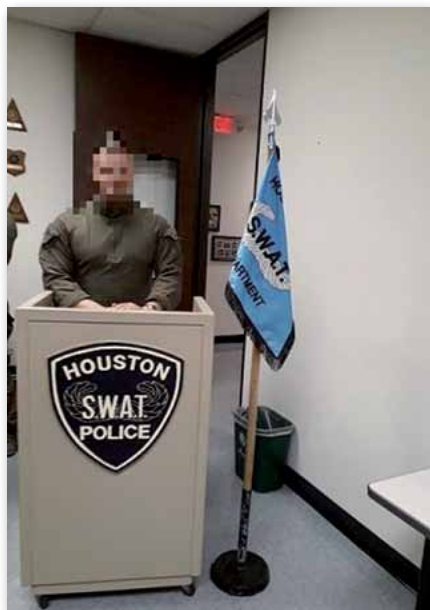


SEK Sachsen meets SWAT Houston

Unter diesem Motto fand 2018 die jahrelange Partnerschaft zwischen dem SEK Sachsen und der SWAT Unit des Houston Police Department eine aktive Fortsetzung. Anlass war die jährlich stattfindende TTPOA SWAT Conference, welche im vergangenen Jahr in der Stadt Houston ausgetragen wurde. Die TTPOA (Texas Tactical Police Officers Association) ist eine in den frühen 1980er Jahren gegründete Vereinigung von SWAT (Special Weapons and Tactics) Mitgliedern, welche eine Plattform für professionelle Fortbildung darstellt.



SEK Mitglieder an der SWAT Ehrentafel



Vorstellung des SEK Sachsen durch stellv. Kommandoführer

Insgesamt fünf Kameraden des SEK Sachsen, Vertreter aus allen Einsatzgruppen und der stellvertretende Kommandoführer reisten zum Erfahrungsaustausch sowie zur Teilnahme an der TTPOA Conference nach Houston. Der Aufenthalt wurde durch Kameraden des SWAT Houston aktiv unterstützt. Dies begann beim Eintreffen am Houston Airport, beinhaltete die Unterbringung im Privathaus eines SWAT Mitgliedes und endete nicht zuletzt bei einer umfangreichen Führung durch das Dienstobjekt mit anschließendem Kameradschaftsabend.

Im Rahmen der Konferenz gab es zunächst die Auswertung herausra-

gender Einsätze des Vorjahres. Hier waren besonders die Vorstellungen des „Dallas Shootout Scenario“ und des „Las Vegas Sniper Scenario“ äußerst aufschlussreich. In der Folge fand eine Messe mit einer „Live-Range-Demo“ statt, bei der Produkte wie Waffensysteme und Öffnungstechnik nicht nur bemustert, sondern auch getestet werden konnten.

An den weiteren Tagen wurden verschiedene Workshops besucht, die unterschiedliche Themen zum Inhalt hatten: Befehlsstellenarbeit, Einsatzplanung, Schießfortbildung, Entschärfen von USBV usw. Aufgrund des unterschiedlichen Backgrounds der sächsischen Teilnehmer (Führung, Präzisionsschützenwesen, Zugangstechnik, Taktik, Beschaffung) konnten nicht nur Infor-

mationen gesammelt, sondern auch tatsächlich Erfahrungen ausgetauscht werden.

Da zeitgleich eine Delegation einer ukrainischen Spezialeinheit beim SWAT Houston hospitierte, konnte man im Rahmen eines komplexen Übungsszenarios „Bus Assault“ gemeinsam trainieren und Erfahrungen austauschen. Nach der Konferenz wurde das Dienstobjekt des SWAT Houston besichtigt und ein Abgleich vorhandener FEM durchgeführt.

In diesem Rahmen wurde den amerikanischen Kameraden das SEK Sachsen durch den stellv. Kommandoführer vorgestellt, die verschiedenen Aufgabenbereiche präsentiert und Gemeinsamkeiten hervorgehoben.



SEK Mitglieder am sondergeschützten Transportfahrzeug



LESERZUSCHRIFT

Mit Blick auf diverse Einsatzlagen, bei denen mehrere Polizeibeamte ihr Leben verloren haben, wurde deutlich, dass eine Vielzahl herausragender Einsätze auf amerikanischem Boden sich später auf europäischem Terrain ähnlich wiederholten. Der Aspekt, dass auch das SWAT Houston materiell sehr gut ausgestattet, aber personell noch nicht optimal aufgestellt ist, lässt Parallelen erkennen und ist ein eindrucksvoller Beleg für die Einsatzkraft der Beamten sowie deren Aus- und Fortbildung.

Da diese Reise leider nicht von der Dienststelle unterstützt werden konnte, führten die Kameraden sie in ihrer Freizeit und komplett auf eigene Kosten durch.



Abgleich vorhandener Einsatzmittel und Bewaffnung



Sondergeschütztes SWAT-Sturmfahrzeug

Fotos: Marcel K.

Ein besonderer Dank gilt deshalb der Gewerkschaft der Polizei, der Städtepartnerschaft Houston/Leipzig sowie der International Police Association, die den Kameraden sowohl logistisch als auch finanziell zur Seite standen!

Today's preparation determines tomorrow's achievement

(Die Vorbereitung von heute bestimmt die Leistung von morgen)

Polizeirat Marcel K., stellv. Kommandoführer

Anzeige



EXKLUSIVE RABATTE

für alle GdP Mitglieder




15 % Rucksäcke	bundesweit	20 %
300 €	e-on	bis zu 28 %
Waffenschrank	SIGNAL IDUNA	3 für 1
50 €	BB Bank	Einsatztaschen
41 %	SUBARU	100 €
	maxdome	
	Tropical Islands	
	sky	
	RENAULT Passion for life	
	KIESER TRAINING	

Heute noch profitieren!
Diese und weitere Angebote auf www.polizeisozialwerk.de
Registrieren - Einloggen - Sparen


Tel.: 035204 687-14 | info@polizeisozialwerk.de
www.polizeisozialwerk.de

Weihnachtsfeier der Senioren

Am 4. Dezember 2018 war es wieder einmal soweit, wir führten unsere Weihnachtsfeier im Kinosaal der Bereitschaftspolizei durch. Ein Dankeschön möchten wir an dieser Stelle dem Referat 4, Innerer Dienst, für die Unterstützung bei der Ausgestaltung des Raumes aussprechen.

Seit 13 Jahren findet unsere Weihnachtsfeier statt, war anfangs die Teilnahme gering, so hat sich die Teilnehmerzahl im Laufe der Zeit wesentlich erhöht.

Zur Begrüßung erhielt jeder Senior ein Glas Sekt und einen Geschenkbeutel.

Von der Polizeidirektion Leipzig nahm, wie im vergangenen Jahr, der



Fotos: Rose-Marie Kundt

Leiter Referat 3, Kriminalitätsbekämpfung, Kriminaldirektor Bernd Buchwald und von der Bezirksgruppe Leipzig Kollegin Angelika Wittke, teil. Beide haben im Anschluss noch Ausführungen über die aktuelle Lage in der PD gemacht.

Nach einer kurzen Ansprache durch die Vorsitzende der Senioren Kollegin Rose-Marie Kundt wurden noch einmal all unsere Aktivitäten, die wir in diesem Jahr durchgeführt haben, erläutert. Wobei ein Höhepunkt in diesem Jahr unsere Ausfahrt nach Meißen in die Porzellanmanufaktur war, über welche wir hier schon berichtet haben.

Danach ließen sich alle den traditionellen Stollen, Pralinen und Kaffee munden. Wer nichts Süßes bevorzugte, griff bei den herzhaften Spezialitäten zu. Auch hier ein Dankeschön der B.C Service GmbH in der Bereitschaftspolizei, die für die Zubereitung der Speisen verantwortlich waren.

Nachdem wir uns gestärkt hatten, folgte das inzwischen schon traditionelle Weihnachtssingen. Begleitet wurden wir auf dem Akkordeon durch unseren Kollegen Roland Moritz. Dadurch herrschte eine feierliche Atmosphäre.



Dann wurde ein Buchstabenspiel durchgeführt, wo sich jeweils fünf Frauen und fünf Männer gegenüber standen. Sieger und Verlierer erhielt eine kleine Aufmerksamkeit, die von den verschiedensten Sponsoren gespendet wurden.

Auch das altbewährte Quiz durfte nicht fehlen. Die Besten durften sich ein Präsent aussuchen. Das brachte viel Gelächter mit sich.

Leider verging auch wieder die Zeit viel zu schnell und alle waren sich einig: Wir sehen uns gesund und munter im neuen Jahr wieder!

Rose-Marie Kundt

Anzeige



Für die schönsten Kilowattstunden gemeinsam mit Ihren Liebsten.



e-on



Tel.: 035204 687-14 | info@polizeisozialwerk.de

www.polizeisozialwerk.de



MITGLIEDERINFORMATION

Beitragsbescheinigung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
im Zusammenhang mit der Bestätigung der Mitgliedschaft und des im Jahr 2018 entrichteten Gewerkschaftsbeitrages für die Einkommensteuererklärung 2018, könnt Ihr euch vertrauensvoll an eure zuständige Kreis- oder Bezirksgruppe wenden.

Aus gegebenem Anlass weisen wir darauf hin, dass gemäß § 4 der Satzung der GdP Sachsen jedes Mitglied eigenverantwortlich Änderungen an die Geschäftsstelle zu melden hat, um das volle Leistungsspektrum der GdP Sachsen in Anspruch nehmen zu können. Die Änderungsmeldungen sind bitte schriftlich (per Email oder Post) an die Geschäftsstelle zu senden. Dazu gehören neben Änderungen von Kontodaten und Adresse auch erhaltene Beförderungen oder geänderte Eingruppierungen zur Bestimmung des korrekten Mitgliedsbeitrages.

JUNGE GRUPPE

Wahl der Auszubildendenvertretungen 2019

Cool, ich kann aktiv mitentscheiden!
Im Mai 2019 wählen wieder alle Auszubildenden und Studenten ihre Personalratsvertretung. Diese ist für die meisten als JAV und HJAV bestens bekannt. Und jetzt kommt's: Wir suchen DICH!
Bist du fertig ausgebildeter Beamter unter 27 Jahre oder Auszubildender/Student?
Dann melde dich bei Sarah.Schwoda@junge-gruppe-sachsen.de und werde JAV/HJAV Mitglied.

Wir bieten dir ein junges, motiviertes Team, welches Spaß an der Gestaltung des Studiums- und Ausbildungsalltages hat. Deine Arbeit wird während des aktiven Dienstes im Nebenamt stattfinden. Es wird dir dienstlich kein Nachteil entstehen, ganz im Gegenteil, du wirst viel Einblick in die Polizeipersonalpolitik bekommen und diese aktiv mitgestalten können.
Bei uns kannst du dich frei entfalten und deine persönlichen Stärken einbringen.
Auf unseren Tisch kommen Themen rund um den Schulalltag bis hin zum Auswahlverfahren und die zukünftige Verwendung.

Wir haben dein Interesse geweckt? Dann melde dich bei uns!!

Sarah Schwoda

REDAKTIONSSCHLUSS

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
nachfolgend die Redaktionsschlusszeiten für das Landesjournal Sachsen der „Deutschen Polizei“ für das Jahr 2019:

Diese Termine sind unbedingt einzuhalten, da sonst die Artikel für den jeweiligen Monat nicht mehr berücksichtigt werden können!

**Matthias Büschel,
Landesredakteur**



Ausgabe – Abgabetermin

02/2019	Freitag,	04.01.2019
03/2019	Freitag,	01.02.2019
04/2019	Freitag,	01.03.2019
05/2019	Freitag,	29.03.2019
06/2019	Freitag,	03.05.2019
07/2019	Freitag,	31.05.2019
08/2019	Freitag,	05.07.2019
09/2019	Freitag,	02.08.2019
10/2019	Freitag,	30.08.2019
11/2019	Freitag,	04.10.2019
12/2019	Freitag,	01.11.2019

und für 2020

01/2020	Freitag,	29.11.2019
02/2020	Freitag,	03.01.2020





Personalbedarf der Polizei in ...

... Sachsen-Anhalt

Das Gute vorweg, ja der Personalbestand wird sich in den nächsten zwei Jahren und hoffentlich darüber hinaus deutlich erhöhen. Nicht zuletzt der deutlichen Kritik der GdP geschuldet, schwenken die regierungstragenden Parteien um und versprechen sich gegenseitig, den Personalbestand am Ende der Legislatur auf 6400 Vollzugsbeamte zu erhöhen. Ein richtiger und wichtiger Schritt. Leider viel zu spät. Zu Beginn des Jahres 2019 beträgt die Zahl der Vollzugsbeamten derzeit nur noch 5750. Dazu kommen noch einige in der Freistellungsphase der ATZ.

Aber im Jahre 2019 wird erstmals seit langer Zeit die Zahl der Zugänge nach absolvierter Ausbildung bzw. Studium die Zahl der Abgänge sogar deutlich übertreffen. 2019 werden ca. 430 Zugänge erfolgen, die Altersabgänge dürften mit ca. 240 zu Buche schlagen. Genauere Zahlen wird es erst Anfang März bzw. September geben, wenn klar ist, wer tatsächlich in Aschersleben „fertig“ wird und wie viele Kolleginnen und Kollegen vom Angebot der freiwilligen Verlängerung des Dienstes Gebrauch machen.

Wenn dann 2020 750 Anwärter nach der Ausbildung bzw. Studium in die Landespolizei ankommen, wird sich mancher ärgern, dass dies nicht schon früher passiert ist. Hier gilt es aber weiter mit Augenmerk und Sensibilität die Anwärter auf ihre Eignung für den Beamtenstatus zu prüfen. Mittlerweile reicht wohl nur der Verdacht der Nichteignung, um von der Schule zu fliegen. Mit dieser Art und Weise erreichen wir das selbst gesteckte Ziel nicht.

Die Masse in der Polizei sind Vollzugsbeamte. Aber in gleicher Art und Weise muss das Personal in der Verwaltung mitwachsen. Hochqualifiziertes Verwaltungspersonal fehlt derzeit in der Landespolizei und dafür gibt es noch nicht mal einen Plan. Das muss dringend geändert werden.

PE

... Thüringen

Für die Haushaltsplanung ist die Aufgabenstellung der Behörden maßgeblich. Der enge haushälterische Rahmen und der fortzuführende Stellenabbau bis 2025 lassen aus Sicht des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMiK) auch bei Aufgabenzuwachs keine Stellenmehrung zu. Erste Änderungen beim Personalentwicklungskonzept wurden vorgenommen. Die waren notwendig, um die in 2020 neu einzustellenden 300 Anwärter im Polizeivollzug in den Jahren 2022 und 2023 übernehmen zu können. Der Abbau von Stellen muss geschoben werden.

Ungeachtet dessen ist die Zahl der Einstellungen in den Polizeivollzugsdienst von 150 (125 mD/25 gD) im Jahr 2016 über 200 (175 mD/25 gD) im Jahr 2017 bis zu 260 im Doppelhaushalt 2018/2019 langsam gestiegen. Eine flächendeckend präsen- te und bürgernahe Polizei ist so nicht zu erreichen. Das Loch, welches die in den nächsten Jahren in Pension bzw. Rente gehenden Beschäftigten in der Personaldecke reißen, spielt bei den Betrachtungen keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Arbeitsbelastungen und Arbeitsaufkommen sind aufgrund des Stellenabbaus immens gestiegen. Außerdem wurden neue Aufgaben auf die noch vorhandenen Beschäftigten übertragen.

Unter Verweis auf die im Koalitionsvertrag vereinbarte Angleichung der Haushaltsstellen an den ODP der Thüringer Polizei wurden für den Polizeivollzug und für die Verwaltung neue Stellen gefordert. Die derzeit im Haushalt vorhandenen Stellen für 6284 Polizeivollzugsbeamte, 463 Verwaltungsbeamte und 848 Tarifbeschäftigte müssen besetzt werden. Nicht weniger, sondern mehr Beschäftigung im Landesdienst ist hierzu erforderlich. Die GdP fordert seit Jahren die Erhöhung der Einstellungszahlen zur Besetzung aller Stellen und den Stopp des Personalabbaus in der Polizei.

Monika Pape

... Sachsen

Nach eigenen Hochrechnungen durch die Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Sachsen (GdP) sind für die Bewältigung der Aufgaben mindestens 16 000 Polizeibeschäftigte für PVD, Verwaltung sowie Spezialisten und Service in Sachsen notwendig. Allein im Streifen- dienst fehlen im Verhältnis zur heutigen Polizeistärke in Sachsen circa 850 Polizisten, in der Bereitschaftspolizei circa 860 Einsatzbeamte.

Die Kriminalpolizei müsste um etwa 400 Stellen aufgestockt werden, an den Polizeischulen werden über 100 Lehrkräfte mehr gebraucht. Auch in der Prävention, in den Führungs- und Lagezentren sowie in den Zentraldienststellen Landeskriminalamt und Polizeiverwaltungsamt ist ein Mehrbedarf von mehreren 100 Stellen unumgänglich.

Insofern ist klar, dass die GdP (genauso wie der in der Fachkommission vertretene Polizei-Hauptpersonalrat) die Erhöhung der PVD-Stellen um 1 000 Stellen (zum Stichtag am 1. Januar 2017 war der Ist-PVD-Personalbestand mit 10 751 angegeben) als Endergebnis nicht mitträgt und eine Fachkommission 2.0 fordert.

Unabhängig davon sind erste gewichtige Schritte getan. Das Stoppen des Stellenabbaus, die Erhöhung der Einstellungszahlen in die Polizeiausbildung auf 700 Stellen ab dem Jahr 2018 sowie die befristete Hinausschiebung des Ruhestandes und einer damit verbundenen 10prozentigen Erhöhung der Besoldung seien hier nur kurz genannt. Diese positive Entwicklung gilt es auch für den Verwaltungs- und Servicebereich sowie für Spezialisten (Beamte und Angestellte) zu verstetigen.

Mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2019/2020 stehen der Polizei im Jahr 2019 14 377 Stellen (davon 11 150 PVD-Stellen) zur Verfügung.

Im Jahr 2020 werden es dann 14 712 Stellen (davon circa 11 750 PVD-Stellen) sein. Die tatsächliche Besetzung der vorhandenen PVD-Stellen als Ziel wird vermutlich erst im Jahr 2023 oder 2024 zu erreichen sein. Unabhängig davon sind eine Verstetigung des Einstellungskorridors und eine weitere Erhöhung der PVD-Stellen auf mindestens 13 500 Stellen notwendig.

Torsten Scheller

